

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den vergangenen Monaten hat sich die **Finanzsituation der Stadt** weiter zugespitzt, genauer: immer mehr Informationen sind in die Öffentlichkeit gelangt. Zuletzt war von einem jährlichen strukturellen Defizit von 220 Mio. Euro die Rede. Die geplanten und von der Bezirksregierung geforderten Einsparungen werden daran nichts ändern. Dennoch haben die BürgerInnen ein Recht darauf zu erfahren, in welchen Bereichen gespart werden soll. Das Schlimmste ist zu befürchten!

Am 30. Juni dieses Jahres ist die große Choreographin **Pina Bausch** verstorben. Das bedeutet einen kaum zu ersetzenden Verlust für unsere Stadt. Pina Bausch und das „Tanztheater Wuppertal“ haben den Namen dieser Stadt in alle Welt getragen und mit positiven Werten verknüpft: Kreativität und Ausdruckskraft, Originalität und Phantasie.

Wenn auch viel von ihrer Person bestimmt war, so hoffen wir, dass mit Pina Bauschs Tod die Tanzkunst in Wuppertal nicht am Ende ist und das Ensemble des Tanztheaters in ihrem Geiste weiterarbeiten kann. Das Tanztheater darf ebenso wenig wie das Symphonieorchester und die Wuppertaler Bühnen auf der erst nach der Kommunalwahl verschobenen Sparliste der Verwaltung erscheinen. Durch die Fortführung des „Tanztheaters Wuppertal“ kann die Erinnerung an Pina Bausch am besten bewahrt werden. Man könnte den Tod Pina Bauschs auch zum Anlass nehmen, die leidige Diskussion um die Benennung des Platzes vor dem Schauspielhaus zu beenden. Auf längere Sicht könnte dieser den Namen Pina Bauschs tragen. So wäre eine Frau geehrt, die sich wirklich um diese Stadt verdient gemacht hat.

Widerstand am Döppersberg



DIE LINKE fordert: Soziale Projekte für Menschen erhalten statt einen großkotzigen Döppersberg!

Am 30. Juni 2009 besuchte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers Wuppertal, um auf einen Knopf zu drücken. Die Absage des 1. Spatenstichs für den Umbau des Döppersberg ist von großer Symbolkraft, denn es passiert zunächst einmal – nichts! Die Bauarbeiten werden nicht vor Januar 2010 beginnen.

Es ist gut, dass auf Rüttgers' Knopfdruck zum Wahlkampfstart zunächst einmal nichts

geschehen wird. So bleibt Gelegenheit, noch einmal in Ruhe und mit BürgerInnenbeteiligung zu überlegen, ob Wuppertal einen Spatenstich am Döppersberg braucht oder nicht.

Was dagegen mit Sicherheit gebraucht wird, ist Geld für die Stadtteile, für kulturelle und soziale Initiativen. Dieses Anliegen brachten viele BürgerInnen Herrn Rüttgers und der Stadtspitze lautstark zu Gehör.

Handlungsprogramm Wohnen Wohnen muss bezahlbar sein!

In der Ratssitzung Ende Juni wurde ein „Konzept zur Zukunft des Wohnstandortes Wuppertal“ beschlossen. Mit ihm soll der fortschreitenden Abwanderung aus unserer Stadt begegnet werden. **DIE LINKE im Rat konnte diesem Konzept nicht zustimmen, denn wir bezweifeln, dass es tatsächlich diesem Ziel dient. Zum Teil bewirkt es unserer Meinung nach sogar das Gegenteil, nämlich, dass das Wohnen im Tal noch weiter an Attraktivität verlieren würde.**

Die Stadtverordnete Elisabeth August, Mitglied des Ausschusses für Bauplanung, trug dazu in der Ratssitzung die im folgenden verkürzt zusammengefassten Überlegungen vor:

Ein- und Zweifamilienhäuser

Laut einer Studie des Marktforschungsinstituts „empirica“ werden in Wuppertal jährlich ca. 200 Ein- und Zweifamilienhäuser benötigt,

die in etwa seit 2007 auch gebaut werden. Bei dieser Wohnform muss allerdings beachtet werden, dass Flächen nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Vorhandene Freiflächen können nicht einfach zugebaut werden. Dies gilt nicht nur wegen der Hochwertigkeit von Frei- und Grünflächen, sondern auch wegen

Weiter auf Seite 3

**Keine neue Gesamtschule
Klimakiller WSW
Die Sparvorschläge der LINKEN**

**Seite 2
Seite 3
Seite 4**

Begrüßungspaket für SchulanfängerInnen vertagt

DIE LINKE beantragte in der letzten Ratssitzung ein Begrüßungspaket für ErstklässlerInnen. Darin sollen Eintrittskarten für Sport- und Kulturstätten enthalten sein, etwa für das von-der-Heydt-Museum, den Zoo oder ein Konzert. Die Kinder sollen wissen, dass sie als kleine BürgerInnen in dieser Stadt willkommen sind und dass nun ein Lebensabschnitt beginnt, der sie stärker als bisher mit Kunst und Kultur in Kontakt bringt.

Wir folgten damit einer Anregung des Deutschen Städtetages. Prof. Fuchs, immerhin der Vorsitzende des Deutschen Kulturrats, hat auf dem Städtetagskongress „Bildung in der Stadt“ nicht nur die Bedeutung der Kultur für die Bildung der Kinder erläutert, sondern auch nachgewiesen, dass diejenigen Städte, die Kindern kostenlosen Zugang zu ihren Kultureinrichtungen ermöglichen, dadurch sogar ihre BesucherInnen-Zahlen langfristig erhöhen konnten, denn Kinder, die erst einmal von Kultur „infiziert“ sind, bringen auch weitere voll zahlende Erwachsene mit.

Bereits im Schulausschuss wurde unser Antrag mit dem Argument abgelehnt, dass dies zu hohe Kosten verursachen würde. Diese Kosten entstehen aber nur deshalb, weil die Politik eine betriebswirtschaftliche Aufspaltung der Stadtverwaltung betrieben hat: Jedes Stadtverwaltungsressort tut so, als sei es ein Wirtschaftsbetrieb, und berechnet daher anderen Teilen derselben Stadtverwaltung Kosten für Einrichtungen, die letztlich den BürgerInnen dieser Stadt gehören.

In der Ratssitzung wurde unser Antrag erstaunlicher Weise nicht rundheraus abgelehnt, sondern zur erneuten Beratung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen. Dies ist zwar einerseits erfreulich, bedeutet aber, dass es dieses Begrüßungspaket zum Schuljahresbeginn noch nicht geben wird.



Eine unverhofft starke Windbö riss den Infostand-REPs das komplette Infomaterial vom Stand. Danach war es nicht mehr zu gebrauchen.

1-Euro-Jobs: Verschlechterung zurückgenommen

Seit 1. Januar wurde 2400 Wuppertaler 1-Euro-JobberInnen die „Vergütung“ gekürzt. Statt 1,50 Euro erhielten sie nur noch 1 Euro pro Stunde.

DIE LINKE im Rat Nr. 13 und 14 berichtete über unsere Initiative zur Rücknahme dieser Maßnahme der ARGE Wuppertal. Diese Rücknahme ist nun zum 1. Juli erfolgt, und zwar mit Mitteln aus dem Kon-

junkturpaket II. Diese Zurücksetzung in den vorherigen Zustand ist zwar zu begrüßen, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Arbeitsgelegenheiten abgeschafft gehören und die Menschen reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge erhalten sollen. Zu diesem Zweck fordert DIE LINKE die Schaffung öffentlicher Beschäftigungsverhältnisse.

Keine neue Gesamtschule in Sicht SPD und CDU mauern bei der Schulentwicklung

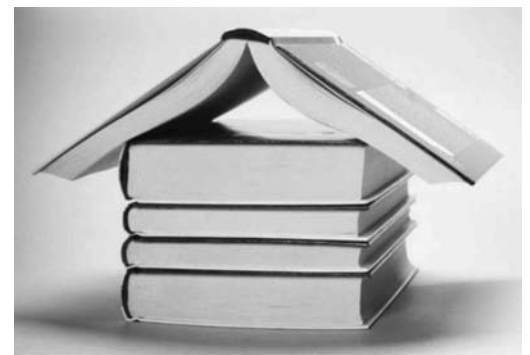
Wie jedes Jahr, so gibt es auch in diesem Jahr mehr als 500 Kinder, die keinen Platz an einer Gesamtschule erhalten haben. Obwohl CDU/SPD den Antrag der LINKEN nach Bau einer weiteren Gesamtschule zunächst ablehnten, beschlossen sie einige Monate später den Bau einer solchen.

Dann fiel ihnen auf, dass die Landesregierung Gesamtschulen derzeit nicht wünscht – und sie kniffen, statt wie andere Kommunen erfolgreich einen Konflikt mit der Landesregierung auf dem Rechtswege auszutragen. Insofern fühlte sich DIE LINKE in ihrem Verdacht bestätigt, dass CDU und SPD das gar nicht wirklich gewollt hatten.

Stattdessen beschlossen sie, die Gesamtschulen Langerfeld und Vohwinkel um insgesamt 3 Züge zu erweitern. Das bedeutet, demnächst werden weitere 75 Kinder einen Platz erhalten – aber mindestens 425 nicht!

DIE LINKE beantragte demgegenüber die Erweiterung von Gesamtschulen z.B. in Vohwinkel um die dort vorhandenen Schulen: Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Das gleiche wäre in Barmen möglich: Statt teurer Neubauten könnten bestehende Schulen in die Gesamtschulen integriert werden: Man könnte die Gebäude weiterhin nutzen – und alle wären zufrieden.

Da DIE LINKE den Standort für eine solche Gesamtschul-Entwicklung genauer bestimmen möchte, haben wir nach den Anmeldezahlen gefragt: An welchen Gymnasien und Realschulen haben Eltern wie viele Kinder angemeldet? Es ist nämlich ein offenes Geheimnis, dass es mindestens zwei Gymnasien gibt, die nicht über so hohe Anmeldezahlen verfügen, die eine durchgehende Dreizügigkeit sicherstellen würden; das aber ist gesetzlich verpflichtend. In der Realität verteilt dann die Schulaufsicht in Abstimmung mit der Stadt die Kinder so, dass alle Gymnasien erhalten bleiben! Eltern werden also gezwungen, ihr Kind an einer Schule anzumelden, die sie nicht gewählt haben! Die nicht mehr von den Eltern angewähl-



ten Gymnasien sollten nach Auffassung der LINKEN in die nächstliegende Gesamtschule eingegliedert werden, dazu noch eine in der Nähe liegende Realschule – im Sinne der „Einen Schule für Alle“. Diese hätte mit einer hohen Binnenleistungsdifferenzierung die passende Schulkarriere für alle SchülerInnen sichergestellt und damit eine gute Mischung der Leistungsniveaus.

Statt diesem Vorschlag der LINKEN zu folgen, verweigert die Stadt aber Auskunft über die Anmeldezahlen. Warum? Will die Stadt unbedingt an allen Gymnasien festhalten, obwohl die sinkenden SchülerInnen-Zahlen auch an den Gymnasien nicht vorbeigehen? Sollen Gymnasien und Realschulen mit aller Gewalt erhalten bleiben – obwohl mehr als 500 Eltern vergeblich einen Gesamtschuleplatz suchen?

Impressum:

Herausgegeben von der Ratsgruppe der offenen Liste
DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1,
42275 Wuppertal,
Telefon und Fax: 0202 - 563-6677
www.ratsfraktion.dielinke-wuppertal.de
E-mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:
Ursula Albel, Elisabeth August, Gunhid Böth, Dr. Wolfgang
Fenner, Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 27.7.2009
Satz: Oehle Layoutservice, Ennepetal, www.oehle-layout.de
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 80000 – Die Abgabe erfolgt kostenlos.

Fortsetzung von Seite 1

der damit verbundenen neu zu schaffenden Infrastruktur, die dann kostenintensiv unterhalten werden muss.

Wir stellen fest, dass sich diese Erkenntnis langsam durchsetzt. Zu entwickeln ist mithin hochwertiges Wohnen im Geschossbau. Mit den heutigen architektonischen Möglichkeiten

ist dies auch machbar. Das Haus im Grünen darf nicht dazu führen, dass das so begehrte „Grün“ schließlich versiegelt und verbaut ist. Als erster Schritt zu neuer Baupolitik mag die Erklärung des Handlungsprogramms gelten, dass vorzugsweise vorhandene Brachflächen und Baulücken auch für Wohnungsbau verwendet werden sollten. Wir hoffen, dass dies auch Realität wird.



Klimakiller WSW

Bekanntlich lehnt DIE LINKE im Rat die Teilprivatisierung der WSW Energie & Wasser AG ab. Aufgrund der Erfahrungen mit dem „strategischen Partner“ RWE ist es unverständlich, dass wieder eine Zusammenarbeit mit einem Mega-Konzern gesucht wurde. Das Zusammengehen mit Gaz de France/SUEZ schadet den Bemühungen der WSW Energie & Wasser AG um umweltfreundlichere Energiegewinnung.

Zur Kooperation mit GdF/Suez gehört eine Beteiligung am Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven. Das Steinkohlekraftwerk ist ein „Klimakiller“. Der Meiler wird allein jährlich etwa 4,2 Mio. Tonnen CO₂ zusätzlich ausstoßen. Das ist so viel, wie die Stadt Hamburg im Verkehrssektor emittiert. Mit der Effizienz des Kraftwerks ist es nicht weit her. Die anfallende Abwärme wird ungenutzt in die Umwelt freigesetzt. Die Verbrennung von Kohle bleibt die klimaschädlichste Art, Strom zu erzeugen. Der Einsatz von Importkohle verschlechtert die Umweltbilanz noch.

Die WSW versuchen, den Bau des Kohlekraftwerks als Wohltat für die Umwelt zu verkaufen. Um die 46% Wirkungsgrad des Kraftwerks Wilhelmshaven in einem guten Licht erscheinen zu lassen, vergleicht man es mit einem

völlig veralteten mit einem Wirkungsgrad von 35%. Ein Gas- und Dampfturbinenkraftwerk hat z.B. einen Wirkungsgrad von 60% und emittiert weniger als die Hälfte Kohlendioxid pro kWh. Ein modernes Blockheizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung hat einen Wirkungsgrad von 90%.

Alle warnen vor den Auswirkungen des Klimawandels. Der Anstieg der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre geht in den letzten Jahren allerdings viermal so schnell vonstatten wie in den Jahren davor.

Dass diese Entwicklung zu extremen Klimaveränderungen führen wird, die vielen Menschen weltweit die Lebensgrundlagen entziehen wird, scheint bei der Ratsmehrheit niemanden wirklich zu interessieren.

Vohwinkel: BürgerInnen gegen Kriegsverbrecher

Der Bezirksvertretung Vohwinkel lag in ihrer Sitzung vom 10. Juni ein Bürgerantrag der Vohwinkeler Stadtteilgruppe DIE LINKE vor, in dem die Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße gefordert wurde.

Die im August neu gewählte Bezirksvertretung wird die Umbenennung nun beschließen müs-

sen und mit Beseitigung dieser unrühmlichen Namensgebung ein jahrelanges Ärgernis beenden.

Nähere Informationen über den Kriegsverbrecher Lettow-Vorbeck finden sich in DIE LINKE im Rat 9.

Immer weniger EinwohnerInnen

Dringender Handlungsbedarf besteht beim Erhalt vorhandener Bauten. Beklagt wird, dass Menschen aus Wuppertal wegziehen, weil sie hier nicht angemessen wohnen können. Auffällig dabei ist folgendes: Auch in Wohnlagen, die nur bedingt als gut bewohnbar gelten, bleiben Menschen jahrelang wohnen. So gibt es beispielsweise in Vohwinkel Mehrfamilienhäuser, die erst jetzt leerstehende Wohnungen aufweisen, weil die Wohnungen verrotten! Die großen Bauten an Engelshöhe und Elfenhang werden von den aktuellen Eigentümern schlecht unterhalten. Die MieterInnen beklagen sich über defekte Heizungen, Schimmelbildung in der Wohnung und komplette Verwahrlosung der Außenanlagen. Würden diese Wohnungen instandgesetzt, vorsichtig modernisiert und zu bezahlbaren Mieten vermietet werden, blieben die Menschen dort auch wohnen.

Gerade Mehrfamilienhäuser und Hochhäuser finden sich nicht selten Nähe von Naherholungsgebieten.

Das Problem dabei ist meist: Die Häuser sind im Besitz von Investorenfirmen, die nicht daran denken, langfristige Wohnungspolitik zu betreiben. Hier muss mit allen zulässigen öffentlich-rechtlichen Mitteln durchgesetzt werden, dass Wohnraum erhalten bleibt.

Talsole muss lebendig bleiben

Dass in diesem „Handlungsprogramm“ die Talsole als Wohn- und Gewerbegebiet praktisch aufgegeben wird, ist nicht hinnehmbar.

Es gibt – z.B. im Bereich der IT-Branche – durchaus Möglichkeiten, kleinere Gewerbeeinheiten in der Tallage mit Gewerbe zu belegen, das von den Emissionen her gesehen verträglich für ein Mischgebiet ist.

Vorhandener Wohnraum kann vermietbar gehalten werden: Der Preis muss angemessen sein. Außerdem lässt es sich baulich einrichten, dass z.B. Schlafräume von der Straße abgewandt angelegt werden und damit Wohnungen bewohnbar sind – trotz des Straßenverkehrs auf der B 7. Nachgedacht werden sollte über die Frage, ob die B 7 als Durchgangsstraße erhalten bleiben muss, obgleich Wuppertal an mehrere Autobahnen angeschlossen ist. Nicht alles, was fünfzig Jahre lang notwendig erschien, muss heute noch so bleiben.

Wir begrüßen, dass das Papier Denkanstöße gegeben hat, halten die Diskussion aber längst noch nicht für abgeschlossen.



Anzeige

Anzeige

soziale Einrichtungen langfristig sichern!

Kitas

Büchereien

Spielplätze

Beratungsstellen

Bäder

statt einen protzigen Döppersberg!

DIE LINKE.
www.dielinke-wuppertal.de

DIE LINKE lädt ein:

Gesprächsabend

Die Krise

– ihre Auswirkungen auf
Unternehmen und Kommune vor Ort
und
Alternativen für soziale Sicherheit

mit

MdB Klaus Ernst

(stellvertr. Bundesvorsitzender
DIE LINKE)

und Wuppertaler KandidatInnen
zur Bundestags- und zur
Kommunalwahl

Dienstag, 25. August – 19 Uhr,
Alte Feuerwache, Gathe 6

Die Sparvorschläge der LINKEN

Auf eine Anfrage der WZ, mit welchen Sparvorschlägen DIE LINKE im Rat sich an der aktuellen Debatte beteiligen wolle, antwortete die Stadtverordnete Elisabeth August:

DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal stellt fest, dass sich **keine strukturell wirkenden Einsparungen** umsetzen lassen, ohne die Stadt zu schädigen.

Würden in nennenswertem Umfang „freiwillige“ Leistungen im Bereich Sozialpolitik und/oder Kultur gekürzt werden, so muss an anderer Stelle mit erheblichen Folgekosten und Einnahmeverlusten gerechnet werden:

Wo geeignete Treffpunkte für Jugendliche fehlen, wo Büchereien und soziale Beratungsstellen fehlen, dort werden erhöhte Probleme mit Jugendlichen zu erwarten sein, deren Bearbeitung wiederum Geld kostet. Wo Kulturstätten schließen oder die Programme deutlich zurückfahren müssen, werden Besucher und Besucherinnen auch von auswärts fehlen. Ein Anziehungspunkt in Wuppertal als bergischem „Oberzentrum“ wird fehlen. Die Häuser hingegen müssen weiter unterhalten werden, um Gefahren abzuwehren, die andernfalls von diesen Bauwerken ausgehen. Die Ausgaben für den Umbau Döppersberg haben wir in der vorgesehenen Höhe stets für

vermeidbar gehalten. Hier hätte städtisches Geld sparsamer in einen zweckmäßigen Umbau investiert werden können. Auch wenn das bestehende „Leuchtturmkonzept“ geändert würde, könnte das strukturelle Haushaltsdefizit nicht annähernd behoben werden.

Erforderlich bleibt eine Gemeindefinanzreform, die dem Verfassungsauftrag entspricht, das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden zu gewährleisten und gleichwertige Lebensverhältnisse der Menschen in der Bundesrepublik sicherzustellen.

Elisabeth August